

3. Kassen-
kommittes).
Agitation im
am gefordert
schlüssig der
am 25. De-
verbandstage.

ine, welche
tigt werden
d. J. beim
eröffentl. 79,
nmen nicht
der Ver-
verbands-
im Schrift-
Beträumens-
aufkommen
Seite 8).
bitten wir
ungen Be-
folge zu

Bieler.

Gewerbe-
s. bis
bernden.
ommen.
(H.-D.).
hunde im
ne. Sca).
Januar.
Abends
O.: Be-
Verbands-
Metalls.
D.: Mit-
in Jordan.
Abends
Reichs-
erkeins-
an und
se Herrn
Gin-
cato. —
1 Uhr
Ausstellung
der Kom-
te XI.
Vortrag
beiter II.
der des
scher aus
arbeiter.
natis-Ber-

atzen im
und Un-
er Orts-
9 Uhr
statt.
Nord-
erstag,
Engels-
te (Orts-
4 Uhr
Gemeinde-

Durch-
al-
Rath-
ter für bei
29, Hof-
durch-
50 Pf.
Frau-
schweiz
ber-
glichen
ger,
eiten
110.

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0.65 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Die Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Centralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Deutsch-Duden).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 7720.

Nr. 8.

Berlin, Sonnabend, 26. Januar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Jahrs-Zeitung.

Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe in
Bayern. — Von der amerikanischen Unfallstatistik. — Ver-
gleichende Statistik der Gewerkvereine. — Zum Verbands-
tag. — Allgemeine Ausbildung. — Tätigkeitsbericht der
Verbande über das Jahr 1906. — Gewerbevereins-
teil. — Verbands-Zell. — Ausgaben-Zell.

Zentralstelle für Industrie, Handel und Gewerbe in Bayern.

Wie wir bereits in Nr. 36 des vorigen Jahr-
gangs mitteilten, hat der bayerische Verband eine
größere Summe für die Errichtung einer Zentralstelle
noch dem Stifter von Baden und Württemberg be-
willigt. Unsere Verbandsgenossen in Bayern haben
dann auch nicht gewünscht, die nötigen Schritte zu tun,
um sich in dieser Zentralstelle eine gebührende Ver-
treitung zu sichern. Ob dies mit Erfolg geschehen ist,
kann erst die nächste Zukunft lehren. Jetzt wird in
dem bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt die
Verordnung veröffentlicht, die die Errichtung dieser
Zentralstelle. Diese Verordnung weicht von
den vorprüflichen in Rücksicht ebenso ver-
öffentlichten Entwurf nur in unerheblichen Punkten
ab. Die Ausgabe des neuen Verförders wird danach
wie folgt erfolgen:

Der ersten Abteilung obliegt die Beratung und
Beurteilung der die Industrie und den Handel be-
reichenden wichtigen Fragen, insbesondere die Mit-
wirkung bei den Vorarbeiten für Handels- und Zoll-
verträge, bei Einführung neuer Industriezweige, bei
förderung des Exports und sonstiger erheblicher
Interessen der Industrie und des Handels. Hierbei
hat die zunächst Einvernehmen der Handelskammern
wie bisher zu erfolgen. Der Wirkungskreis der Ab-
teilung für Handwerk und Gewerbe umfasst die
Hebung und Förderung des Handwerks und Ge-
werbes, namentlich durch tägliche Ausbildung der
Lehrlinge und Gesellen, Fortbildung der Handwerks-
meister in Meisterkuren, Pflege des gewerblichen
Genossenschaftswesens und Anregung sonstiger, dem
Handwerk und Gewerbe dienlichen Einrichtungen
und Veranstaltungen (Ausstellung von Neingewer-
lichen Kraft und Arbeitsmaschinen, Werkzeugen etc.).
Die Handwerkskammern sind zur Mitarbeit maßgeblich
heranzuziehen. Die Abteilung für Arbeitserziehung und
Wohlfahrt hat im Einvernehmen mit den Gewerbe-
aufsichtsbeamten beim Schutz der industriellen und
gewerblichen Arbeiter vor Gefährdungen des Lebens
und der Gesundheit in den Betrieben beratend und
begutachtend mitzuwirken und auf die Befreiung der
Arbeiterverhältnisse in wirtschaftlicher und ethischer
Beziehung Bedacht zu nehmen.

Welcher Spielraum der Abteilungserstellung in der
Mitwirkung der Besserung der Arbeiterverhältnisse in
wirtschaftlicher und ethischer Beziehung eingeräumt
wird, läßt sich hieraus noch nicht genau erkennen.
Allerdings scheint uns die Bedeutung der Arbeiter-
erziehung dieser neuen Einrichtung nicht zu sein.

Beispiel der Zusammenfassung der 3 Abteilungen:

Die Abteilung für Industrie und Handel
besteht aus 1. acht von den Handelskammern zu
wählenden Mitgliedern, von denen je die Hälfte der
Industrie und dem Handel anzugehören hat, 2. den
Direktoren des bayerischen Gewerbevereins in Alten-
berg, des Pfälzischen Gewerbevereins in Kaisers-
lautern und dem 1. Vorsitzenden des Polytechnischen
Vereins in München, 3. einem bis zwei Hochschul-
professoren, den Vorsitzenden der geognostischen Abtei-
lung des Oberbergamts und des hydrotechnischen
Bureaus, sowie einem herausragenden Elektro-
techniker, 4. drei bis sieben Mitgliedern großer
bayerischer industrieller und kaufmännischer Verbände.
Die Abteilung für Handwerk und Ge-
werbe wird gebildet aus 1. acht von den Handwerks-
kammern zu wählenden Mitgliedern, 2. den Direk-
toren des bayerischen Gewerbevereins in Nürnberg

und des Pfälzischen Gewerbevereins in Kaisers-
lautern, dem 1. Vorsitzenden des Bayerischen Kun-
stgewerbevereins in München und einem oder mehreren
Gewerbe-Inspektoren; 3. drei bis sieben Mitgliedern
großer bayerischer gewerblicher Verbände.

Die Abteilung für Arbeiter-Schutz und
Wohlfahrt setzt sich zusammen aus 1. je vier von
den Auskünften der auf Grund des Invaliden-Ver-
sicherungsgesetzes gebildeten Versicherungsanstalten zu
wählenden Gesellen, bzw. industriellen Arbeitern,
2. zwei von den Korporationen der Handlungsgesellen
in München und Nürnberg zu wählenden Handlungsgesellen,
3. dem Beiratinspektor für Fabriken und
Gewerbe, einem weiteren Beamten der Gewerbe-
aufsicht, sowie dem Beiratinspektor für Wohnungs-
inspektor, 4. drei Arbeitern, Sekretären und drei bis
fünf Mitgliedern großer bayerischer Arbeitervor-
verbände, 5. je einem Professor der Gewerbeschule,
der Chemie und der Maschinenbau.

Die Abteilungen, welche von der ursprünglichen
Vorlage hierin zum Ausdruck kommen, bestehen darin,
daß in der 1. Abteilung für Industrie und Handel
anstatt 3 — 5, nunmehr 3 — 7 Mitglieder großer
bayerischer industrieller und kaufmännischer Verbände
in Ansicht genommen sind. Dieselbe Verschiebung
in der Zahl hat auch in der 2. Abteilung für Hand-
werk und Gewerbe stattgefunden. Außerdem werden
in der Arbeitserziehungsabteilung 2 nunmehr 3 Arbeitser-
ziehende vorgesehen. Vielleicht ist hierin ein Erfolg
unserer bayerischen Verbandsgenossen zu erblicken, die
an möglicher Stelle zum Ausdruck gebracht haben,
daß sie ebenso wie die sozialdemokratischen und christ-
lichen Gewerkschaften in dieser Abteilung billigerweise
durch einen Beamten vertreten sein müssen. Bei-
behalten ist auch das komplizierte, doppelt indirekte
Wahlrecht. Die Wahl von gewerblichen und indu-
striellen Arbeitern in die 3. Abteilung steht nämlich
den Gemeineleuten der Handwerkskammern bezw.
den zu den Auskünften der auf Grund des Invaliden-
versicherungsgesetzes gebildeten Versicherungsanstalten
zu wählenden Arbeiter bei. Über die Dauer des Wahl-
periode sollen erst nach der Wahlordnung nähere
Bestimmungen getroffen werden. Diejenigen Mit-
glieder der Zentralstelle, welche nicht schon bestimmt
sind oder gewählt werden müssen, werden durch das
Ministerium des Innern ernannt.

Das ist dasjenige, was man aus der Verord-
nung über die vorgelegten neuen Verhältnissen erhält.
Es wird nunmehr Aufgabe der Organisationen, ins-
besondere unserer bayerischen Verbandsgenossen sein,
sich den gebührenden Einfluß zu sichern. Wir haben
in Bayern über 120 Ortsvereine mit etwa 10 000
Mitgliedern. Mögen sie darauf bedacht sein, daß
sie hier eine angemessene Vertretung in der Zentralstelle
finden.

Von der amerikanischen Unfallstatistik.

Die Zahl der Menschenleben, die jahraus, jahrein
in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, sei es
Gewalttat, sei es elementare Ereignisse, sei es
auch den Gefahren des Eisenbahns und Bergbau-
wesens oder der Industrie zum Opfer fällt, ist eine
ungeheure Größe. Trotz allem sind irgend welche
Bestrebungen, diesen unheilvollen Verhältnissen Wider-
stand entgegenzusetzen, so gut wie gar nicht bemer-
bar. Um diesen Mangel abzuheben, hat sich jetzt
eine Gesellschaft für soziale Wissenschaft zusammen-
getan, die unter der Leitung eines Dr. Strong steht.

Sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, dafür zu sorgen,
daß in allen Staaten der Union sorgfältig Statistik
geföhrt und die Annahme aller Maßnahmen gesetzlich
verlangt wird. Die Gesellschaft will dadurch die
Öffentlichkeit mit den schweren Verlusten an Leben
und Verletzen belasten, gleichzeitig aber auch
an alle die Sicherheitsvorrichtungen und Einrichtungen
hinausweisen, die schon erfüllt sind. Ferner will sie
der Öffentlichkeit Runde geben von den Geschehen, die

im Auslande zur Sicherung von Leben und Gesund-
heit der Industriearbeiter geschaffen sind.

Nach einer Schätzung Dr. Strong's belaufen sich
die Zahl der in den Vereinigten Staaten bei der
Arbeit ums Leben gekommenen Industriearbeiter
in den letzten 4 Jahren auf rund 80 000. Damit
würden jedes Jahr noch einmal soviel Arbeiter ge-
tötet werden, als während des 3 Jahre des Krieges
von der französischen und der englischen
Armee auf dem Schlachtfeld blieben oder an Wunden
starben. Auf den amerikanischen Bahnen wurden
jedes Jahr mehr Männer getötet und verletzt, als
wunderlich auftreten hätten.

Mit seinen Zahlen und Vergleichen übertrifft
Dr. Strong keineswegs. Er bleibt im Gegenteil
sehr weit hinter der Wahrheit zurück. Über-
läufige Zahlen sind mangels einer gründlichen Unfall-
statistik aber nicht zu haben, außer im Staate Wis-
consin, und was man vom Eisenbahnbetriebe weiß,
ist so traurig, daß es zu den höchsten Schätzungen
berechtigt ist. Im Jahre 1897 wurden bei der Arbeit
1893 Bahnbetriebsfälle getötet und 27 667 verletzt; im
Jahre 1904 waren diese Zahlen auf 3632 bzw.
67 067 gestiegen! Das bedeutet für die Toten in
7 Jahren eine Zunahme von 115, für die Verletzten
eine solche von rund 150 %. Und beide Jahre
waren keineswegs Ausnahmeyahre. Die Zahl der
Opfer von 1896 war geringer als die von 1897, die
von 1905 größer als die von 1904, und die von 1906
wird sich als noch größer erweisen.

Diese Angaben beweisen, daß auch im Eisenbahnbetriebe
die Zahl der Unfälle in ständigem Wachsen
begegnet ist, und es wäre dringend zu wünschen, daß
die Bestrebungen der Gesellschaft für soziale Wissen-
schaften einen fruchtbaren Boden finden.

Vergleichende Statistik der Gewerk- vereine.

Die mit Recht berühmte britische Statistik hat
sich ein neues Verdienst erworben, indem sie alle er-
reichbaren Angaben über die Gewerkvereine der
Kulturstäaten gesammelt und veröffentlicht hat. Wie
bei jeder Vergleichung internationaler Angaben bleiben
auch hier noch genug „Unstimmigkeiten“ übrig, um
einen modernen Ausdruck anzuwenden. Es wäre
würdig eine schöne und den Schweizern der Ehre
würdige Ausgabe, wenn durch Vereinbarung am
besten aber auf einem internationalen Gewerkvereins-
kongreß, diese Statistik in ein direkt vergleichbares
Schema gebracht werden könnte. Es würde das Ihren
jetzt noch etwas problematische Wert beträchtlich er-
höhen. Innerhin müssen wir auch jetzt für das Ge-
boten sein.

Die Zahlen der Mitglieder der Gewerk-
vereine beziehen sich auf den zehnjährigen Zeitraum
von 1896 bis 1905. Nicht angegeben und wohl auch
nicht erlangbar sind die beispielhaft 8 Jahre der ge-
samten deutschen Arbeitorganisationen bis 1899, die
der französischen bis 1897, die der österreichischen für
die Jahre 1897, 1898 und 1900, die dänischen für
die meisten hier in Betracht kommenden Jahre, end-
lich die der in den Nordamerikanischen Union für 1896.
Vielleicht hätte man auch namentlich die in Australien
sowie in anderen britischen Kolonien mit einzubeziehen.

Eine noch auffallendere Lücke ist das Fehlen von
Angaben über die Mitgliederzahlen der Gewerkvereine
in der Schweiz und Italien, in Belgien und in den
Niederlanden, sämtlich Länder, in welchen die Ge-
werkschaften eine bedeutende Rolle spielen.

Vergleicht man zunächst die Bewegung in den
Mitgliederzahlen der britischen Trade-Unions, so
hat sich diese in einer Kurve bewegt. Das Anfangs-
jahr 1896 wies eine Zahl von 1 503 000 Mitgliedern
auf, die bis zum Jahre 1898 erst in langsamem, von
da ab bis zum Höhepunkt des Jahres 1901 in

schnellem Tempo auf 1 904 000 Mitglieder anwuchs. Von da ab beginnt jedoch mit der wirtschaftlichen Depression in Großbritannien der Rückgang, der sich langsam bis zum Jahre 1904 fortsetzt. Damit ist der Zustand mit 1 864 000 Mitgliedern erreicht. Im letzten Beobachtungsjahr (1905) wird wieder eine Zunahme auf 1 888 000 Mitgliedern konstatiert, die namentlich auf die Textilarbeiter entfällt, deren Konjunktur eine Aufwärtsbewegung aufweist.

Eine viel konstantere stetige Bewegung ist in den Biffen aus Deutschland zu verzeichnen, die freilich nur bis zum Jahre 1899 zurückreicht. Sie sind ununterbrochen von 864 000 auf 1 822 000 Mitglieder gestiegen. Es gelangt hier die günstige Gestaltung des deutschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktes zum zentralen Ausdruck. Die Regierung begünstigt das auf nahezu 12% p.a. in nur 7 Jahren. Hierüber ist an dieser Stelle nichts weiter zu bemerken als das, so erfreulich die Vermehrung der Mitgliedszahlen der Arbeiterorganisationen an sich jedem Arbeiterkreis sein mag, dennoch die Mehrzahl der deutschen Organisationen, namentlich die Gewerkschaften, noch keineswegs jene Festigkeit im Janzen erlangt hat, die sie befähigt, allen kommenden Schlägen, die nicht ausbleiben werden, widerstand zu leisten.

Auch die Zahlen aus Frankreich zeigen eine bedeutende Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder, von 423 000 auf 781 000.

Schräg auffallend sind die Ergebnisse der österreichischen Gewerkschaften. Hier scheinen die Ergebnisse nur in zweijährigen Perioden berichtet zu sein. Von dem Anfangsjahr (1896) bis zum Jahre 1904 wachsen die beobachteten Biffen von 99 000 auf 189 000. Dagegen soll diese Zahl im folgenden Jahre 1905 auf einmal auf 323 000 Mitglieder angewachsen sein, was uns ganz unmöglich dünkt. Entweder sind die Angaben aus früheren Jahren zu klein oder die aus dem letzten zu hoch — vielleicht auch beides!

Recht bedeutsam ist auch das Wachstum der Gewerkschaften in der Nordamerikanischen Union, denen die des Staates New York zur Vergleichung gegenübergestellt sind. In diesen Biffen spiegelt sich das starke Auf und Ab der industriellen Entwicklung dieses Landes wieder. Sie weisen rapide Bewegungen auf. In der ganzen Union liegt die Mitgliedszahl von nur 265 000 im Jahre 1897 schon nach zwei Jahren auf 349 000, um sodann rapid ostwärtig um 2–400 000 bis zu dem Höhepunkt des Jahres 1904 auf 1 675 000 Mitglieder zu steigen, wogegen das Schlußjahr (1905) nur 1 494 000 Mitglieder aufweist. Parallele, wenigstens nicht so starke Schüttungen der Biffen und mehr ein Auf und Ab weisen die Gewerkschaften im Staate New York auf, die vom Anfangsjahr der betrachteten Periode nur 170 000 Mitglieder zählten, dagegen im Jahre 1903 deren 396 000. Später ist ihre Zahl stetig auf 382 000 zurückgegangen.

Das einzige Land, das eine Verminderung der Gewerkschaften wie ihrer Mitglieder zeigt, ist Dänemark. Hier belief sich die Mitgliedszahl im Jahre 1900 auf 98 000, und die nämliche Biffen wird für das Jahr 1902 angegeben; dann sinkt sie aber im folgenden Jahre auf 88 000, um sich in 1904 auf 90 000 zu heben. Die Zahl für das Jahr 1905 ist nicht angegeben.

Die Einzelstatistiken liefern das zu erwartende Resultat, daß die härtesten Arbeiterorganisationen die der gelernten Arbeiter sind und bleiben. In Deutschland zählen das Baugewerbe und die Metallindustrie je nahezu ein Fünftel aller organisierten Arbeiter. In Frankreich stehen die Organisationen der Transportarbeiter an der Spitze, denen die der Metallarbeiter, Bergleute und Textilarbeiter folgen, während die Gewerkschaften der Baugewerbe zwar an Zahl die größten sind, sich aber in viele kleine Organisationen zerplastern. Auch in Österreich zählen die Metallarbeiter-Gewerkschaften die meisten Mitglieder, denen die der Bauarbeiter und Transportgewerbe nahtkommen. Ganz anders in Italien, wofür die Landarbeiter nicht nur die zahlreichste Gruppe der Organisierten sind — rund die Hälfte —, sondern auch die am stärksten organisierte. Nur die Hälfte der Gewerkschaften gehört hier überhaupt den Industriearbeitern an, davon ein Siebtel den Transportarbeitern, ein Sechstel den Metallarbeitern. Die norwegischen Gewerkschaften sollen 16 000 Arbeiter zählen, wovon mehr als ein Drittel auf die Metallarbeiter entfällt. In Dänemark zählen die ungelerten Arbeiter am meisten Mitglieder. Dieser Umstand erklärt vielleicht ihren Rückgang. Nahe kommt diesen das Baugewerbe; es folgt die Metall- und Schiffbauindustrie. Auch in der Schweiz rangieren die Metallarbeiter an erster Stelle, worauf die Transportarbeiter folgen. Von den nahezu 1½ Millionen organisierten Arbeitern der Nordamerikanischen Union gehören 266 300 zu den Bergleuten, 226 100 zu den Baugewerben und 190 800 den Metallgewerben, 179 000 den Transportarbeiten.

Sehr lehrreich ist eine versuchte Statistik der Einnahmen, Ausgaben sowie des Vermögens

der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. Während die größeren britischen Trade-Unions eine Einnahme von mehr als 37 Mark, eine Ausgabe von 34% Mark und ein Vermögen von nicht weniger als über 80 Mark pro Kopf des Mitgliedes aufweisen, kommen ihnen annähernd nur die norwegischen Gewerkschaften mit einer Einnahme von 20½ Mark pro Kopf nahe. Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften haben etwas über 20 Mark, die ungarischen Schwerpunkte 11, die österreichischen 12 Mark, die Schweiizer 11 und alle anderen unter 10 Mark.

Das Vermögen der Gewerkschaften erreicht, namentlich nach englischen Begriffen, keine bedeutende Höhe. Nur die österreichischen und schwedischen Gewerkschaften haben Vermögen, die so hoch sind wie ihr Jahreseinkommen. Es beläuft sich auf 14 bzw. 15 Mark pro Kopf. Das Vermögen der sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaften — so werden sie in diesem offiziellen Bericht bezeichnet — beläuft sich auf etwa 14½ Mark, gegen das der britischen Trade-Unions von 80 Mark freilich recht winzig!

Im Bericht sind noch Angaben vorhanden über die Verwendung der Ausgaben einzelner Gewerkschaftsgruppen. Die der Gewerkschaften wie die unseres Verbandes, die hier detailliert angegeben werden, zeigen wir als bekannt voraus. Es bleibt anzuführen, daß die Verwendungswerte der österreichischen Gewerkschaften ähnliche Proportionen aufweisen. Dagegen verwenden die britischen Trade-Unions im Durchschnitte der letzten zehn Jahre 14 p.c. ihrer Gesamtausgaben für Streikunterstützung, 22 p.c. für Arbeitslosenunterstützung und fast 42 p.c. für andere Beihilfen, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß in Deutschland und Österreich die staatliche Zwangsversicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität besteht.

Gute Bericht! Die vorgebrachten, wenn gleich lädenhaften Biffen sind so wichtig und interessant, daß man auch die deutsche Regierung anregen sollte, ihrerseits vergleichbare Daten über die Gewerkschaften im Auslande sammeln zu lassen. Das wäre eine wichtige Aufgabe für unsere Gefunden und Konsuln als manche andere! —

Zum Verbandstage!

Nachdem verschiedene Kollegen Stellung zu dieser Frage genommen haben, möchte auch ich meine Meinung äußern. In Frage der Beziehung der Autowagen in ich der Ansicht des Kollegen Vogler. Eine Hauptaufgabe wird aber wohl in bezug der Ausbreitung überverbände zu lösen sein. Die Ausbreitung überverbände in ihrer heutigen Form sind veraltet, da sie zu groß sind und ihnen ihr eigentlicher Zweck zum größten Teil durch die Anstellung von Bezirk- und Volksbeamten genommen worden ist. Außerdem steht ein Teil ihrer Forderungen den Streitungen zur Verbesserung direkt entgegen, z. B. die Ausbreitung überverbände als Stimme im Zentralrat erhalten. Der Zentralrat soll doch verändert werden. Meine Meinung geht dahin: Deutschland wird in einer größeren Anzahl Agitationssbezirke geteilt, welche die Ausdehnung von einer, höchstens zwei Kreishauptmannschaften haben und jeder mit einem Beamten besetzt. Dazu können die freiwerdenden und neuangestellten Verbandsbeamten, aber auch die Bezirkbeamten der einzelnen Gewerkschaften Verwendung finden. Dadurch würden nicht nur die großen Agitationssbezirke und ihre Kosten erspart, es würde auch nicht mehr vorkommen, wie es Ende vergangenen Jahres geschehen ist, daß Kollege Dornbisch vom Generalrat der Maschinenbauer Ende November, Kollege Renfert Anfang Dezember vom Zentralrat durch Sachen reisen, ohne daß sie vorher angekündigt waren. Es entsteht dadurch Bewirrung unter den Kollegen; die Folgen sind schwach bejüngt. Versammlungen und die angewandten Wühlen und Kosten sind umsofort. In einem kleinen Bezirk kann aber der Beamte den Kollegen mehr zur Mitarbeit heranziehen und es würden dann auch mehr Ortsverbände in der Lage sein, das Beispiel Magdeburgs nachzuahmen. Selbstverständlich ist es, daß nicht mit einem Schlag alle Wünsche befriedigt werden können. Aber es sind vor allem erst die Beirs mit einem Beamten zu besetzen, in denen die Vereine trotz der größten Mühen nicht so recht vorwärts kommen und nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln Beamte angustellen. Dazu ist es aber nötig, daß nicht nur die Zuflüsse an Ausbreitung überverbände aufhören, sondern die Vereine und Ortsverbände haben aus ihrem Volksfonds die Beamten mit zu erhalten. Wenn wenig dürfen die Verbandsbeamten erledigt werden. Zur Zeitungsfrage ist es vor allen Dingen nötig, daß sich die Berliner Kollegen mit den Kollegen der Provinz Brandenburg aus dem bestehenden Organ eine Tageszeitung schaffen, welche ebenfalls als Zentralorgan gelten kann. Die Provinzzeitungen werden ebenfalls durch die Einleitung in die viel kleineren Agitationssbezirke gewinnen. Es würden viele Kollegen Abonnenten werden, welche Gegner der heutigen Ausbreitung überverbände und ihrer Unternehmungen sind. Aber eins ist noch notwendig, daß auf der Verbandstag ent-

schiedt, eine eigene Druckerei zu gründen, in welcher neben dem Centralorgan die Fachzeitungen gedruckt werden.

Die Stellung zur Politik kann vom Verbandstage nicht festgelegt werden. Ich bin in diesem Punkte der Meinung: Es ist Pflicht der Kollegen, in die bürgerlichen politischen Vereine einzutreten und in diesen sich Achtung und Anerkennung zu verschaffen. Sie müssen aber mitarbeiten, daß das Gewerkschaftsprogramm auch in anderen Kreisen Fuß fahrt. Leider glaubt die größte Menge der Kollegen das nicht. Kritisieren ihre Schuldigkeit getan zu haben, das Arbeiten überlassen sie einzigen wenigen. Das muß anders werden. Auch hier muß jeder mitmachen, daß die Fehler verschwinden und wir werden die Benutzung haben, auch auf andern Gebieten an Einsicht zu gewinnen. Es würden vor allen Dingen eine größere Anzahl Gewerkschafter in den Parlamenten sitzen und könnten innerhalb der se geplanten Partei die Arbeiterinteressen wahren. Eine besondere Arbeitspartei zu bilden, halte ich für ungemein wichtig. Mag jeder leisten, was in seinen Kräften steht.

Ernst Ante, Chemnitz.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 25. Januar 1907.

Eine Versammlung aller in der Sächsischen Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen am Dienstag, 29. Januar, abends 8 Uhr im Verbandsgebäude, Greifswalderstraße 221/23, statt. Das Referat hat der Kollege Gustav Hartmann übernommen. Es handelt sich bei dieser Versammlung um außerordentlich wichtige Angelegenheiten, weshalb die betreffenden Kollegen und Kolleginnen auch von dieser Stelle aus dringend ermahnt werden, möglichst vollständig zur Stelle zu sein. Das Nutzungsabonnement legitimiert.

Die volkswirtschaftlichen Vorlesungen, die am Sonntag vormittag im weiten Saale des Verbandsgebäudes stattfinden, erfreuen sich, dank der interessanten und vollständigen Darstellungsweise des Herrn Professors von Halle, großer Beliebtheit bei den Zuhörern. Als ein Mangel aber muß es bezeichnet werden, daß die Kollegen nicht pünktlich um 11 Uhr zur Stelle sind. Was dem Herrn Vertragenden möglich ist, muß man doch wohl auch von den Verbandsangehörigen verlangen können. Wir hoffen, daß es nur dieser Mahnung bedarf, um künftig alle Teilnehmer zu pünktlichem Erscheinen zu anlassen.

Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig darauf hingewiesen, daß an diesem Sonntag das Kapitel: „Arbeit, Kapital und Technik“ behandelt werden wird. Auch diejenigen Teilnehmer, die vielleicht etwas lässig im Umgang der Vorlesungen geworden sind, und auch solche Verbandsangehörigen, die überhaupt gern benannt werden, werden diese Gelegenheit sicherlich gern benutzen, um von jetzt ab regelmäßig zu erscheinen. Es gelangen am Sonntag auch noch die übrig gebliebenen Exemplare der überaus interessanten Abhandlung des Herrn Professors von Halle: „Die großen Epochen der neuzeitlichen Kolonialgeschichte“ zur Verteilung.

Der Reichstagswahl! haben auch die Gewerkschaften in Eilen offiziell Stellung genommen. Der Ortsverband hatte sich mit einem Ausschreiben an die Kandidaten des verschiedenen Parteien für den Wahlkreis Eilen gewandt und angefragt, wie sie sich zu einer Anzahl von allgemeinen und besonderen Forderungen stellen, die ihnen in diesem Schreiben mitgeteilt wurden. Der Kandidat des Zentrums, der bekannte Arbeiterschriftsteller Giesberts, hat es überhaupt nicht der Würde für wert gehalten, eine Antwort zu senden. Herr Wiedenhoff, der Kandidat der nationalen Parteien, hat sich bei der Beantwortung ziemlich unklar ausgedrückt und als Grund dafür angeführt seine Auffassung von der Bedeutung des Reichstagsmandats. Er erklärte sich zwar als Anhänger des freien und freien Koalitionsrechts, die Frage aber, ob er die Gewerkschaften im Parlament gegen alle Angriffe verteidigen wolle, ließ er offen.

Der sozialdemokratische Herr Gewehr erkannte die allgemeinen Forderungen zufriedlos an. Bezuglich der Frage, wie er zu den Deutschen Gewerkschaften steht, und ob er sie zu verteidigen bereit wäre, sagte er: „Ich erkläre selbstverständlich den Deutschen Gewerkschaften die volle gesetzliche Gleichberechtigung zu und würde diesbezügliche Angriffe auf die Deutschen Gewerkschaften im Parlament entgegenstellen.“ Da ich aber, wie Ihnen bekannt sein dürfte, auf dem Boden der freien Gewerkschaften steht, so bleiben die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den freien Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaften durch die vorliegende prinzipielle Erklärung natürlich unberührt.“ Mit anderen Worten heißt das: Herr Gewehr würde es gar nicht einstellen, wenn im Reichstage die Gewerkschaften von den Sozialdemokraten angegriffen würden, ein Wort zu ihrer Verteidigung zu sagen. Herr Rektor Lindau, der Kandidat der „vereinigten liberalen Parteien“, er-

führte die aufgestellten Forderungen zu den feindlichen
zu machen und erkannte ausdrücklich die Deutschen
Gewerkschaften als vollberechtigte Arbeitgeberorganisation
an. „Sie haben als Arbeitnehmer erkannt, losgelöst von
Rebelleninteressen, das Wohl der werktätigen Bevölke-
rung vertreten, und ich bin bereit, dieselben gegen An-
griffe aus links und rechts zu verteidigen, auch außerhalb
des Parlaments“.

Unter dieser Umständen könnte es nicht zweifelhaft sein, für welchen Kandidaten die Eisener Kollegen sich entschieden. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Rektor Binden bei der Hauptwahl zu unterstützen. Bei der eventuellen Stichwahl soll es den Mitgliedern überlassen bleiben, wen sie ihre Stimme geben. Selbstverständlich wird angenommen, daß jedes Mitglied selbst prüfen imstande ist, ob es einen Gegner der Gewerbeverein seine Stimme geben kann.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Färbereiche in Krefeld ist beendet. Es ist zu einer Verständigung zwischen den ausgesperrten Färbereiern und den Färbereichsführern gekommen und eine friedliche Lösung der Streitfrage herbeigeführt worden. Die Arbeit ist in allen Betrieben in vollem Umfange wieder aufgenommen worden, und so wird auch die angeordnete Textilarbeiterausssperrung unterbleiben. — Da eine Einigung zwischen den Autonomobilschlössern und den Färbereichsführern in Berlin nicht zu erreichen ist, dauert die Ausssperrung und Immobildung von Lehrlingen noch aus der Verlegenheit zu helfen; es ist aber kaum anzunehmen, daß ihnen dieser Erfolg gelingen wird. — Der Ausstand der Kaffee-Brauereiarbeiter in der Ausschluß-Wolgabrik in Würzburg ist beendet. — Bei der Firma A. Dinger & Söhne in Heilbronn sind die Holzbildhauer wegen der schlechten Vorausverhältnisse in den Betrieb getreten. — Die Kartellbewegung der Zimmermeister in Nürnberg-Fürth scheint zu seinem friedlichen Ergebnis zu führen, da die Unternehmer sich unterschieden weigern, die 9-stündige Arbeitszeit und eine Aufzehrung der Zölle einzugeben, die Arbeiter aber an diesen Forderungen unbedingt festzuhalten beabsichtigen sind.

Der Eisenbahnerstreik in Bulgarien nimmt
sich immer seinen Fortgang. Da der Verlehr durch-
aus nicht in Gang zu bringen ist, hat die Regierung
verschlossen, im Auslande Maschinen und Heizer an-
zuwerben. — Der Streik der Schuhfabrikarbeiter
in Dougares scheint seinem Ende entgegenzugehen,
Verhandlungen eingeleitet sind auf der Grundlage
Anerkennung der Arbeitersorganisation. — In
Paris sind 700 Angestellte der Süd-Eisenbahn
dem Ausstand getreten, weil den Dienst- und
Arbeiterinnen die Bezahlung des halben Lohnes
im wöchentlichen Abrechnung verweigert wurde. — In
Sarrio, dem wichtigsten Hafenplatz von Argentinien,
richt der allgemeine Ausstand. Die Verbräu-
nister und fast alle Handwerkerberde sind an
Bewegung beteiligt. Die Lage ist sehr gefährlich,
doch die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, ein
Gesetz in das Ausstandsgebiet zu entenden, das
Hafen überwachen soll.

Arbeiter, denkt an die Förderung und Ausweitung der Organisation! Unter dem Namen „Verband der Speditionen- und Hafenbetriebe von Hamburg-Altona“ beschäftigt der Verein der Hamburger Reedereien einen engeren Zusammenschluß aller im Hafenbetriebe beteiligten Unternehmer herbeizuführen, „um den Hamburger Hafen zukünftig vor verhängnisvollen Störungen durch etwaige von den Hafenarbeiter- und Transportarbeiterverbänden inszenierten Streiks zu schützen“.

Also immer seither schließen die Unternehmer
Ring, um ihre Interessen der Arbeiterschaft gegen
über so wirksam wie möglich vertreten zu können.
Das zeigt auch eine Aufzählung im Jahresbericht
der Handelskammer zu Berlin, die wir u.
Lehrer nicht vorbehalten wollen.

„Gegenüber der Organisation der Arbeiter hat auch die auf Arbeit gerichtete Organisation der Arbeitgeber weitere Fortschritte gemacht. Zu den großen und zahlreichen Verbänden von Arbeitgebern, die schon und früheren Jahren bestanden, sind neue hinzugekommen und für Berlin von Bedeutung: ein Verband der Automobilindustrie Berlins und der Umgegend, ein Verband der Eisenfabrikanten, ein solcher der Zigarrenmeister in der Schuh- und Wappensfabrik; in der Damenschuhindustrie je ein Verband der Zwillingsmeister und der Fabrikanten; ein Verband der Biegern mitteilen und steinen Gefüchte für elektrische Isolationen zur Streichfabrik, diese alle fuh auf Berlin beschränkt; ferner: sich über Deutschland aber größere Zelle erstreckend: ein Arbeitgeberverband der Schuhfabrikanten, der etwa 8 pgl. der deutschen Fabrikanten umfaßt, ein Verband der Wagenbaufabrikanten, sowie ein solcher der Zigarren- und Zigarettenfabrikanten.

Diese Verbände richten ihre Front zunächst gegen die Verhinderungen der Arbeitnehmer, die sie nach gemeinsam vereinbartem Plan begegnen; sie entzündigen die einzelnen von Streiks betroffenen Betriebe und gemeinsam lassen, in die von jedem Mitglied als zulässig große Beiträge eingezahlt werden. So helfen auch die Betriebs- und Betriebsfabrikanten.

— 31 —
ähnlichen Maßnahmen gestellt sich aber ferner auch der Versuch, eine Rückendeckung gegen die Ansprüche der Unternehmer zu finden, indem man die Erfüllungspflicht ihnen gegenüber im Streitfalle durch eine dahingehende gemeinsame Vertragsschlußel hinzuordnet.“

„... und Deutlichkeit läßt diese Sprache wahrhaftig nichts zu wünschen übrig. Man sollte daher meinen, daß derartige Mitteilungen auch dem gleichzeitigsten Arbeitnehmer die Augen öffnen und ihm ein Aufhorn sein müssen, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um auch der Arbeitgeberorganisation stets neue Rechte einzuführen. Ungeheuerlich groß noch ist die Zahl derjenigen, die den Wert der Organisation für die Arbeitnehmer nicht begriffen haben. Der beständige Hinweis auf das fortwährende Wachstum und den festesten Zusammenschluß der Unternehmen muß auch in diese Gleichzeitigkeit Rechte legen. Mögen also Verbandsgenossen allenfallsüber die notwendigen Konsequenzen aus den mitgeteilten Tatsachen gließen. Berücksichtigt vor dem Arbeitgeber!“

Die öffentliche und naparistische Arbeitsaufgabe liegt sich in letzter Zeit das schwäbische Ministerium
des Innern gewaltig ins Zeug. Es ist mit einer
besonderen Verordnung an die ihm unterstehenden Ge-
meindebehörden herangetreten und hat mit allen
Kraften die Einrichtung derartiger Arbeitsvermit-
tlungsstellen befürwortet. Es wird in der Verordnung
besonders betont, daß mindestens in allen Gemeinden
nicht mehr als 10 000 Einwohnern ein solcher Arbeits-
aufschwung durch die Öffentlichkeit oder durch gemeindliche
Gemeinschaften ins Leben gerufen werden möge.

Dieses Bestreben der klassischen Regierung darf alle Anerkennung vorausgehen, daß bei der Zusammenstellung der Bevölkerung dieser Arbeitsmacht die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewahrt wird. Wünschenswert wäre ferner, wenn man sich nicht nur auf Dörte mit 10.000 Einwohnern beßigtäte. Auch in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl ist eine derartige Einrichtung erforderlich!

gegen die gewerbliche Quecksilbervergiftung bringt die Zeitschrift „Arbeiterzeit“ einige bedeutsame Mitteilungen. Bedeutlich sind die Arbeiter, in Bergwerken oder Industriezweigen mit Quecksilber oder chemischen Verbindungen dieses Metalls zu haben, Vergiftungen ausgesetzt, die sie in Erkrankungen des Nervensystems, Störungen der Atmungsorgane und Nervenzentren äußern. Räumlich in Kürschnereien für Quecksilberzäpfle, für Spiegel, farbige Spiegel und Auktionszäufen kommen derartige Vergiftungen häufig vor. Daß es erfreulich ist, daß der Amerikaner Torgi ein Schutzmittel gefunden hat, das sowohl gegen die akute, wie gegen die chronische Quecksilbervergiftung helfen soll, ist das Aluminium das Quecksilber chemisch bindet. Darauf Grunde wird empfohlen, daß die Arbeiter in Bergwerken oder in einer der gebräuchlichen Industrien Masken aus Aluminium tragen, oder auch die Deckung für die Atmung mit einem Netz aus Aluminium verschlossen sein müsse. wäre erfreulich, wenn man auf diese Weise dem schrecklichen Gift wirksam zu Leibe gehen könnte.

Die badische Fabrikationsinspektion hat sich unter vor trefflichen Leitung Dr. Böhrischöfers einen erworben, den kein anderer Bundesstaat erreichen kann. Erst wenige Jahre sind seit dem Tode Böhrischöfers vergangen, und schon macht sich eine ehrliche Reaktion in Baden geltend. Wie die "Kurzurter Zeitung" mitteilt, sind die geistig bewussten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Auslands aus der Fabrikationsinspektion ausgechieden, um sich allmählich eine kleinliche Art des Bureauaus, insbesondere den weiblichen Mitarbeiterinnen über, herausgebildet zu haben. Die Stellung der Fabrikationsinspektorin, wie sie durch Böhrischöfer gewünscht wurde, ist in Baden wesentlich selbständiger, mit weitergehenden Beaufnissen ausgestattet, als es in anderen Bundesstaaten. Die erste Fabrikationsinspektorin, Fr. von Richthofen, hat der jetzigen Leitung des Dr. Pittmann nur noch Zeit ihr Amt beliebt, da sie infolge Verunglückung ausschied. Ihre Nachfolgerin, ein Fr. Dr. ..., hat wiederholt ihr Entlassungsgesuch eingereicht, was wieder abgelehnt wurde. Jetzt aber steht das Ministerium gründlich, trotz ihrer hervorragenden wissenschaftlichen und praktischen Eigen-
tümern, dem Gehalt der Dame zufolge, auf dem

dem Gefühl der Dame folge zu geben.
Die Borgdale sollen darauf juristisch führen,
ob im Amte tatsächlich ein erzielbares Wirken
möglichkeit gewahrt werden soll. Es ist
bedeutend. In weiteren Arbeitsschritten herrscht
Ungesriedenheit über die Handhabung des
beamten. Diese Ungesriedenheit kann man
durch befehligen, daß man die einfallslosen
Elemente daraus entfernt. Es wäre
zu wünschen, daß man auch in Baden die
Börbacher vorzezeichnete Baja recht bald
beschriften.

Strafen für Fortbildungsschüler. Einen beachtenswerten Erfolg hat der preußische Landeskonsistorialminister an die Regierungspräsidenten gerichtet. Er warnt darin, gegen Fortbildungsschüler für Schulversäumnis und sonstige Zuwidderhandlungen Haftstrafen in Anwendung zu bringen, weil die noch im jugendlichen Alter stehenden Schüler in der polizeilichen oder gerichtlichen Haft sehr leicht verderblichen Einflüssen durch ihre Mitgefangenen ausgesetzt werden und auch leicht für ihr künftiges Leben die Schule vor der Strafhaft verlieren könnten, die einem erziehbaren jungen Menschen sonst natürlich ist. Der Minister wünscht deshalb, daß derartige Strafen nur für ganz besonders schwere Verstöße gegen die Schulordnung verhängt werden dürfen. Er empfiehlt, daß für eine Bestimmung in das Ortsstaat aufzunehmen, daß bei leichteren Fällen Kargertenstrafen in der Dauer bis zu 6 Stunden festgesetzt werden können. Die Kargertenstrafe ist eine Art Radischen und soll an den Sonnabend, Nachmittagen, und zwar möglichst in besondren Räumen ohne weitere Verhödigung der bestroffenen erfolgen. Wo besondere Räume nicht zur Verfügung stehen, möge die Strafe in einem Klassenzimmer verhängt werden, wo die Schüler von den Klassenlehrern gestellte Aufgaben zu bearbeiten haben und unter Beaufsichtigung eines Lehrers stehen.

Auch wir halten diese Art der Staats-
fahrt für angemessen.
Auch wir halten diese Art der Staats-
fahrt für angemessen.

Nach dem § 153 der Gewerbeordnung wird derjenige mit Gefängnis bestraft, der andere durch Zwang, Drohungen usw. bestimmt an Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Entfernung der Arbeit oder Entloftung der Arbeiter teilzunehmen. Diese Bestimmungen wurden gegen Arbeiter bisher angewandt bei Streiks. Jetzt hat aber das Reichsgericht die Anwendbarkeit des § 153 auch bei Aussperrungen anerkannt. Es hat den Grundsatz aufgestellt, daß, wenn eine Aussperrung erfolgt, weil in Teil der betreffenden Arbeiterschaft günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt hatte, der Arbeitstand des § 152 des G.O. schon erfüllt sei. Wenn also z.B. bei einer Aussperrung gegen einen kürzlich gewordenen Mitarbeiter Drohungen ausgetragen werden, so macht sich derjenige, der eine solche Drohung aussübt, obwohl er ausgelöscht ist, doch unzulässigen Einwirkung schuldig, weil die Arbeiter doch nur dann wieder in den Betrieb zurückkehren würden, wenn die fraglichen günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht sind.

Wir können diesen Standpunkt des Reichsgerichtes nicht teilen. Die Stellungnahme zeigt jedenfalls, wie dringend notwendig es ist, das mit diesem veraledeten § 153 so schnell wie möglich aufgeräumt wird.

Nun wird es wohl mit der Fleischnot bald wieder sehn! Wie eine durch die Presse gehende Anzeige bringt, will der Reichskanzler dem Bundesrat schlagen, die Unterrichtungsbüchlein für das nachkriegsland eingeführte Fleisch herabzugeben. Wenn es nicht geht, zieht ja eben gar nichts mehr. Mit den kleinen kleinsten Mitteln kann Herr von Blümchenhastig die im Volke verbreitete Verbitterung nicht vertigen. Um der sich empfindlich geltend machenden Not einen Ende zu bereiten, bedarf es dann doch schneidenderer Maßnahmen. Ein Mittel, wie es in Anwendung kommt, wird vom Volke höchstens eine Verhöhnung angesehen werden.

Wichtigkeitsberichte der Ortsverbände über
das Jahr 1906.

Ortsverband Bremen,

Im Jahr 1906 wurden 6 Ausstellungssungen, 2 Sonder-
ausstellungen und 4 Verbandsmitgliederversammlungen abgehalten. In der ersten und letzten wurde ein
Vortrag gehalten, der beiden anderen befassten sich mit der
Frage der Gewerbevereinspreise und der Ausweitung am
Orte. Zu Beginn des Jahres wurde auf Antrag des Orts-
vereins der Malchinenbauer I beschlossen, die Mitglieder für
eine bessere Beteiligung an Wahlen in Verwaltungsräumen
zu interessieren. Die Beteiligung im bislang konsumverein
wurde weiterhin ins Auge gefasst. Um die Abreisen der
wahlberechtigten Mitglieder zu erhalten, wurden Spargel-
bagen ausgegeben. Lediglich war das Entgegenkommen reich-
lich verhandelt bei den Mitgliedern nicht wie erwartet
worden; ja, es wurde sogar teilweise entgegengeurteilt.
So war dann die Zeit verstrichen, und die Sache mußte
leider für dieses Jahr aufgegeben werden. Die Zeitungs-
frage, welche den Ortsverband schon 1905 beschäftigte,
wurde auch in diesem Jahr weiter verfolgt. Durch das
Entgegenkommen des Verlags der "Weisenfelder Zeitung"
gelang es, für Schlesien unter dem Titel "Schlesische
Arbeitszeitung" eine Gewerbezeitung zu erhalten, dass
täglich erscheint und jedem Kollegen Gelegenheit gibt, sich
über die Vorgänge in den Gewerbevereinen auf dem
Bauingenieur zu erhalten. Die Metallarbeiterausstellung, deren
Vorberichter durch die Unternehmer, um die Organi-
sationen lahm zu legen, wählte vom April bis in den
Monat Juni. Es waren außer dem Gewerbeverein der Züchter mit
565, der Gewerbeverein der Tischler mit
70 Mitgliedern, sowie auch einige Mitglieder der Gewerbe-
vereine der Schuhmacher und Scherarbeiter und andere
Berufe daran beteiligt. Der Ortsverband wurde bei der

